

Keramischer Bund

Wochenblatt für den Keramischen Bund

Industrieverband für die Glas-, Porzellan-, Ziegel-, Grobkeramische und Baustoff-Industrie
Abteilung des Verbandes der Fabrikarbeiter Deutschlands

Erscheint jeden Sonnabend. — Bezugspreis 1,20 Mark im Vierteljahr. — Verlag, Schriftleitung und Versandstelle: Charlottenburg 1, Brahestraße 2-5. — Fernruf: Amt Wilhelm 4952 und 8849

Nummer 7

Berlin, den 12. Februar 1927

2. Jahrgang

Her mit einem gesunden Wohnungsbauprogramm!

Seit Jahren experimentieren die Reichs- sowie Landesbehörden herum, wie man der Wirtschaftskrise durch verstärkte Bautätigkeit beikommen kann. Der Streit über die Durchführung der dabei entwickelten Probleme läuft nun in jedem Jahre vom Frühjahr bis zum Winter, und wenn Frost und Kälte eintreten, dann hat man sich herumgesprungen, dabei aber vergessen, das Wohnungsbauproblem energisch in die Tat umzusetzen. In jedem Winter sieht man sich stets fleißig bemüht, gegenüber der Öffentlichkeit festzustellen, wie groß der Wohnungsbedarf geworden ist, und wieviel Not und Elend durch Inanspruchnahme eines großzügigen Bauprogramms hätte beseitigt werden können. Bei der Programmentwicklung der jeweiligen neuen Regierungen wurde das Wohnungsbauprogramm als sozialpolitischer Glorienstein in den Vordergrund gerückt. Die Diskussionsredner der Arbeiterparteien, vor allen Dingen die der Gewerkschaften, konnten bislang immer feststellen, daß man viele Worte wohl gebraucht hat, aber keine Taten folgen ließ. Es darf uns nicht wundernehmen, wenn auch die neugewählte Bürgerblockregierung aus sozialpolitischen Gründen die Walze des Arbeitsbeschaffungsprogramms aufdreht, nur in der sicheren Annahme, damit Wirkung nach außen hin zu erzeugen. Im stillen denkt man aber, wenn wir erst in der Regierung sitzen, dann werden wir schon Mittel und Wege finden, die bisherige Verschleppungspolitik in der Arbeitsbeschaffungsfrage weiter fortzuführen. Die Wirtschaft könnte nach Ansicht dieser Politiker ja schnell angekurbt und die arbeitenden Schichten zum Übermut erregen werden.

Nun ist es aber ernstlich an der Zeit, an ein Wohnungsbauprogramm heranzutreten, welches Erfolg verspricht, denn die steigenden Erwerbslosenzahlen zeigen mit aller Deutlichkeit, daß ein Stillstand der Wirtschaftskrise noch nicht zu denken ist. Im Gegenteil: durch weitere Mechanisierung und Nationalisierung droht die Krise eine dauernde zu werden.

Die durch die Presse laufenden Mitteilungen von dem Reichswohnungsbauprogramm bringen absolut nichts Neues, die amtlichen Berichte halten sich streng an die jeweils abgegebenen Erklärungen des Herrn Reichsarbeitsministers vor dem Reichstag. Diese Erklärungen sind in dem letzten Jahre in etwas abgeänderter Form vorgetragen worden, im wesentlichen ist der Inhalt aber derselbe geblieben. Das Reichswohnungsbauprogramm enthält inhaltlich schwere Fehler. Der Wohnungsbedarf wird viel zu niedrig eingeschätzt; ferner ist er aufgebaut auf höchst bedenklicher Finanzgrundlage. Das Reichswohnungsbauprogramm stellt einen fehlenden Wohnungsbedarf von 600 000 fest, währenddem nach ziemlich genauen Feststellungen des VDWB und aller Baukapazitäten eine Million Wohnungen fehlen. Nach diesen katastrophalen Feststellungen wäre es doch nun bald ein Gebot der Stunde, ein Reichswohnungsbauprogramm ernstlich in die Tat umzusetzen, welches dem furchtbaren Wohnungsleiden sowie der großen Erwerbslosigkeit Einhalt setzt.

Ueber die Wege der Finanzierung ist selbst eine Einheitlichkeit zwischen dem Reichsarbeitsminister sowie zwischen dem Preussischen Wohlfahrtsministerium bisher nicht zu erzielen gewesen. Nur eins ist festzustellen: beide Behörden versuchen, die Lasten wieder auf die Schultern der arbeitenden Bevölkerung zu legen. Die Wohnungsmieten sollen wesentlich gesteigert werden. Dabei wird aber vergessen, daß von den Mietpreissteigerungen des Jahres 1924 und 1925 nicht allzuviel verwandt wurde zur Behebung des Baumarktes. Wären die Gelber der sozial wirksamen Mietzinssteuer und Gelber aus öffentlichen Mitteln in den letzten Jahren nicht zur Verfügung gestellt worden, dann wären auch die wenigen Bauvorhaben noch unterblieben. Auch bei der diesmal geplanten Mietsteigerung wird der Betrag für die höheren Mieten wieder in die Taschen der durch die Inflation von Hypotheken entlasteten Hausbesitzer fließen und sehr wenig wird für Wohnungsbau und Eindämmung der Wirtschaftskrise Verwendung finden. Die arbeitende Bevölkerung bricht jetzt schon bald unter der hohen Last der Mieten zusammen, und sollten nach den entwickelten Vorschlägen des VDWB sowie des Preussischen Wohlfahrtsministeriums die Mieten eingetrieben werden, dann muß unter dieser neuerlichen ungeheuren Belastung der Zusammenbruch erfolgen. Was nützen die Ankündigungen, daß die erhöhten Mietzuschläge durch Lohnaufbesserungen ausgeglichen werden sollen? In der Praxis folgen Schwerindustrie und andere interessierte Kreise dieser Mahnung doch nicht. So man kann sogar feststellen, daß die von den Behörden eingeleiteten Schlichtungsstellen in den wenigsten Fällen der Anweisung ihrer vorgelegten Behörde Folge leisten. Es wird nach den bisherigen Vorschlägen und Finanzproblemen der Behörden eine unbedingte Verschärfung der Wirtschaftskrise eintreten, weil ja das Reallohneinkommen der arbeitenden Bevölkerung weiterhin durch erhöhte Ausgaben gefährdet ist.

Auch wir vom Keramischen Bund, als Vertreter von Arbeiterschichten, die an ein gesundes Bauprogramm das größte Interesse haben, müssen eindringlich fordern, daß das Bauprogramm des VDWB in die Tat umgesetzt wird. Das Finanzproblem kann dahingehend gelöst werden, daß vom Reich mehr öffentliche Mittel zur Verfügung gestellt werden, die leicht aus den Steuerbeiträgen herbeigeschafft werden können, die man der Schwerindustrie nach der Idee des Finanzministers Dr. Reinhold in Dresden erlassen will. Wenn fernerhin die volle Steuer der jetzt abzuführenden Mietzinssteuer zum Wohnungsbau verwandt und aus der produktiven Erwerbslosenfürsorge noch Mittel freigemacht werden, dann können die geforderten 250 000 Wohnungen im Jahr gebaut werden und Hunderttausende von Menschen Brot und Lohn finden, und damit wird endlich nur eine der lakonischsten und wichtigsten Forderungen des deutschen Volkes erfüllt werden.

Die geänderte Besitzblockregierung.

Die neue Regierung, zustande gekommen unter der aktiven Mithilfe des Reichspräsidenten v. Hindenburg mit dem Hinweis: Gegen die Arbeitnehmererschaft, wurde nach dem Druck unserer letzten Nummer wieder umgeändert, weil selbst Bürgerlichen der deutschnational-völkische Graef's Thüringen eine etwas zu schwere Belastung war.

Aber nun ist sie endgültig fertig, die Regierung der politischen Geschäftsmacher. Sie hat nun folgendes Aussehen:

- Reichszentraler: Dr. Marx (Zentrum).
- Arbeitsministerium: Dr. Braun (Zentrum).
- Finanzministerium: Dr. Köhler (Zentrum).
- Innenministerium: v. Reubell (Deutschnational).
- Justizministerium: Hergt (Deutschnational).
- Ernährungsministerium: Schiele (Deutschnational).
- Verkehrsministerium: Dr. Koch (Deutschnational).
- Außenministerium: Dr. Stresemann (Dtsch. Volkspartei).
- Wirtschaftsministerium: Dr. Curtius (Dtsch. Volkspartei).
- Postministerium: Dr. Schaefer (Bayern. Volkspartei).
- Wehrministerium: Dr. Gessler (Parteilos).

Dem Reichstag hat sich diese Regierung bereits vorgestellt. Die politischen Zeitungen schreiben ja viel von Meinungsverschiedenheiten zwischen den Regierungsparteien, aber große Bedeutung kann man den Schreibereien nicht beimessen; denn bei der Regierung, die eigens zum Zweck gegen die Bestrebungen der Arbeitnehmererschaft gegründet wurde, kommt es darauf an, was sie für Regierungsmassnahmen für die politische wirtschaftliche und kulturelle Machterweiterung ihrer Untertanen und gegen die Arbeiter ergreift.

Die Gewerkschafter werden auf die sozialpolitischen Taten der Regierung in bezug auf Arbeitszeit, Lohngestaltung, Arbeitslosenversicherung, Mietpreisregelung, Lebensmittelteuerung, Getreideschutzoll ihr hauptsächlichstes Augenmerk zu richten haben. Die Arbeitererschaft mußte unter der Präsidentschaft v. Hindenburg stets Verschlechterungen hinnehmen, und unter dem Besitzblockregime wird sie erst recht zu leiden haben. Darum achtet auf das Tun der Besitzblockregierung.

Im ihren Taten muß sie das arbeitende Volk erkennen, und bei den nächsten politischen Wahlen den Bürgerblock so schwächen, daß ihm keine Parlamentsmacht mehr bleibt.

Das arbeitende Volk hat ein Mittel gegen seine Widerfacher zur Verfügung; es braucht es nur anzuwenden, dann sind derartige Regierungsbildungen unmöglich.

Die

Brotgetreidepreise steigen sprunghaft!

Arbeiter und Arbeiterinnen, hört! Die Roggenpreise erhöhen sich von Woche zu Woche. Das schließt in sich, daß das Brot für euch und eure Kinder teurer und euer Leben immer unerträglicher wird.

Wie die Roggenpreise in die Höhe gingen, zeigen einige Zahlen. In der Vorkriegszeit kostete ein Zentner Roggen 8,40 Mk., einschließlich 2,50 Mk. Zoll. Im Jahre 1926 mußte er mit 9,88 Mk., einschließlich des gleichen Zollsatzes, bezahlt werden. Ende Januar 1927 war der Zentner Roggen schon auf 12,30 Mk. gestiegen, und noch gehen die Roggenpreise weiter in die Höhe und ziehen sogar schon die anderen Getreidepreise, sowie die für Kartoffeln und andere Lebensmittel mit aufwärts. Eine allgemeine Teuerung droht!

Die Glasindustrie ist mit allen Produktionszweigen, vor allem mit der Flachglasindustrie, stark an einer regen Bautätigkeit interessiert. Wurden vor dem Kriege rund 22 Millionen Quadratmeter Flachglas in Deutschland verbraucht, so kann heute knapp 10 Millionen Quadratmeter Flachglas abgesetzt werden. Aus diesen Zahlen ist ersichtlich, wie weit man heute trotz der ungeheuren Wohnungsnot von der Bautätigkeit der Vorkriegszeit entfernt ist. Im selben Maße, wie die Glasindustrie an ein gesundes Bauprogramm interessiert ist, sind es auch die Gruppen Grobkeramik und Ziegel. Gerade die Ziegelindustrie steht und fällt mit dem Baugeschehen. Die Arbeitslosenzahlen dieser Gruppen zeigen genau den Stand des bisherigen rückständigen Bauprogramms. Deshalb der erneute dringende Mahnruf des Keramischen Bundes und aller Gewerkschaften, endlich dem Uebel der Wirtschaftskrise und dem Arbeitslosenleiden an der Wurzel beizukommen durch Verwirklichung des Bauprogramms des VDWB. Worte und Versprechungen können nicht mehr helfen. Taten müssen folgen, um die arbeitende Bevölkerung vor dem Zusammenbruch zu retten.

Auch unsere Kollegen haben drucken im Lande, in Gemeindevorständen und Bezirksversammlungen darauf zu achten, daß in diesem Baujahr nicht nur gestritten, sondern gebaut wird. Krebs.

Paragraph 7 der Arbeitszeitverordnung und Industrie der Steine und Erden.

Der § 7 lautet:

Eine Ueberschreitung der im § 1, Satz 2 und 3 festgelegten Grenzen auf Grund tariflicher Vereinbarungen (§ 5) oder behördlicher Zulassung (§ 6) ist für Gewerbebetriebe oder Gruppen von Arbeitern, die unter besonderen Gefahren für Leben und Gesundheit arbeiten, insbesondere für Arbeiter im Steinkohlenbergbau unter Tage, sowie für Arbeiter, die in außergewöhnlichem Grade der Einwirkung von giftigen Stoffen, Staub und dergleichen oder der Gefährdung durch Sprengstoffe ausgesetzt sind, nur zulässig, wenn die Ueberschreitung aus Gründen

Nach den Erhebungen des Deutschen Landwirtschaftsrates fehlt in Deutschland am Jahresverbrauch 1926/27 für vier Monate das Brotgetreide, insgesamt eineinhalb Millionen Tonnen, die vom Auslande eingeführt werden müssen, wenn das deutsche Volk nicht teilweise hungern soll.

Wenn sie eingeführt werden, lasten aber auf den eineinhalb Millionen Tonnen Roggen 75 Millionen Mark Zoll, die von den deutschen Verbrauchern mit aufgebracht werden müssen.

Da ohnehin die Brotteuerung und die allgemein damit verbundene Lebensmittelteuerung die Preise der Minderbemittelten stark belasten, brachten die Arbeiterparteien im Reichstage Vorschläge auf Aufhebung des Getreideschutzolles ein. Es wäre doch eine hinüberbrannte Idee, die deutschen Landwirte durch den Zoll schützen zu wollen, wenn sie, wie ja festgestellt wurde, gar kein Getreide mehr haben. Wenn also die 75 Millionen Mark noch bei der allgemeinen Teuerung mit getragen werden müßten.

Die Entscheidung über den Antrag auf Aufhebung des Schutzolles wird erkennen lassen, ob die Besitzblockregierung etwas für die arbeitenden Massen oder nur für die Besitzenden übrig haben wird.

Also, darauf achten, was unter dem Regime Hindenburg und Bürgerblock alles geschieht, und danach seine politischen Entscheidungen treffen. Erst Mietpreiserhöhung, und nun Brotteuerung.

Erhebt allorts schärfsten Protest gegen die Brotteuerung. Verlangt Aufhebung des Schutzolles für Brotgetreide. Erfämpft den Lohnausgleich für die Vertenerung der Lebenshaltung.

Die Ueberstunden-Plage.

In Nummer 5 „Der Textil-Arbeiter“ nimmt der Vorsitzende des Deutschen Textilarbeiterverbandes, Genosse Hermann Jädel, Stellung zur Arbeitszeit und zum Ueberstundenwesen in der Textilindustrie. Nach seinen Feststellungen wurde in der Woche vom 12. bis 18. Dezember 1926 für 413 378 Textilarbeiter die tägliche und wöchentliche Arbeitszeit ermittelt. Davon waren 243 304 oder 58,9 Proz. weiblichen Geschlechts. Es arbeiteten von den ermittelten Personen 211 544, gleich 86,5 Proz. weibliche, über 48 bis 54 Stunden. 49 568 Beschäftigte, davon 30 646, gleich 61,8 Proz. weibliche, 54 bis 60 Stunden; 1648 Personen, davon 982, gleich 59,6 Proz. weibliche arbeiteten 61 bis 70 Stunden und 335 Personen, davon 132 weibliche, gleich 39,4 Proz., arbeiteten über 70 bis 80 Stunden in der Woche. Insgesamt wurden von 413 378 Textilarbeitern 2 166 409 Ueberstunden in der bezeichneten Woche geleistet, davon 1 243 007, gleich 56,7 Proz. von Personen weiblichen Geschlechts.

Welche Summen von Schmerz und Herzeleid verkünden diese Zahlen! Wer zählt die Seufzer der ihren Kindern, ihren Familien entzogenen Mütter und schwangeren Frauen?

44 090 arbeitslose Personen könnten bei achtstündiger Arbeitszeit in den erfassten Betrieben mehr beschäftigt werden, schreibt Jädel.

Mit Recht stellt er dann fest, daß dem entscheidenden Kampf um den Bestuhndentag im Jahre 1908 der Entscheidungskampf um den Ahtstundentag früher oder später folgen mußte. Es gelte, die Reife der Textilarbeitererschaft für diesen Kampf herbeizuführen.

Den Mahnruf Jädels mag auch die Arbeitererschaft anderer Industrien beachten.

des Gemeinwohls dringend erforderlich ist, oder wenn sie sich in langjähriger Übung als unbedingt erwiesen hat und eine halbe Stunde nicht übersteigt.

Der Reichsarbeitsminister bestimmt, für welche Gewerbebetriebe oder Gruppen von Arbeitern die Beschränkung Platz greift.

Die im Verband der Fabrikarbeiter Deutschlands, Abteilung Keramischer Bund, vereinigten Industrieverbände der fein- und grobkeramischen Industrie stellten seinerzeit an den Reichsarbeitsminister und den Reichswirtschaftsrat den Antrag, die Betriebe der fein- und grobkeramischen Industrie, sowie der Kalk- und Zementindustrie dem § 7 der Arbeitszeitverordnung zu unterstellen, soweit die in dieser Industrie beschäftigten Arbeitnehmer der Hitze oder dem Staub ausgesetzt sind oder aber mit giftigen Stoffen, z. B. Bleiglasuren usw., in Berührung kommen.

Der von dem Sozialpolitischen Ausschuss des Reichswirtschaftsrats eingeleitete Arbeitsauschuss nahm auf Grund dieser Anträge eine Anzahl Betriebsbefragungen vor, um die Arbeitsverhältnisse der keramischen Arbeitererschaft an Ort und Stelle zu studieren und die Gesundheitsgefährdung der einzelnen Arbeiterkategorien feststellen zu können. In diesen Betriebsbefragungen wurden Sachverständige aus den Kreisen der Arbeitgeber- und Arbeitnehmerorganisationen, sowie die Vertreter der Gewerbeinspektionen, der Reichs- und Landesregierungen hinzugezogen.

Nach langwierigen Verhandlungen unterbreitete der Arbeitsauschuss dem Sozialpolitischen Ausschuss des vorläufigen Reichswirtschaftsrats folgenden Vorschlag:

Der Arbeitsauschuss zur Beratung des Entwurfs eines Verzeichnisses zum § 7 der Arbeitszeitverordnung schlägt vor, in das Verzeichnis die nachstehend angeführten Arbeitergruppen der fein- und grobkeramischen sowie der Kalk- und Zementindustrie aufzunehmen:

1. Arbeiter, die an den Maschinen zur Trockenaufbereitung der Rohstoffe (wie Kollergänge, Rührerisiermaschinen, Trocknenmühlen) sowie auf dem Schüttboden bei Verarbeituna trockener Rohstoffe beschäftigt sind, soweit diese Beschäftigung den überwiegenden Teil der Arbeits-

Bereitet die Betriebsrätewahlen vor!

